

nachrichten

Tsunami

Burma ist von der Flutkatastrophe verhältnismäßig verschont geblieben. Mehrere Hilfsorganisationen, darunter das *Internationale Rote Kreuz* und *Ärzte ohne Grenzen*, bestätigten die Angaben der Militärregierung, nach denen weniger als 100 Menschen durch die Flutwelle ums Leben gekommen seien, 5000 hätten ihre Häuser verloren und wären direkt betroffen. Langfristig sind insgesamt 10.000 bis 15.000 Menschen betroffen. Am schwersten hat die Flut das Irrawaddy-Delta getroffen.

Der Militärregierung war vorgeworfen worden, bewusst Informationen zurückzuhalten und Helfer an der Besichtigung der Katastrophengebiete zu hindern. Die Unglücksregion wurde abgeriegelt. So hält sich nach wie vor die Annahme, dass weit mehr Menschen ums Leben gekommen sein könnten. Nach Angaben des *Arakan National Council* sollen allein im Arakan (Rakhine-Staat) 96 Menschen tot sein, 30 würden noch vermisst.

Internationale Hilfe hat die burmesische Regierung abgelehnt. Premierminister Generalleutnant Soe Win sagte, dass das Land in der Lage sei, selbst mit den Folgen der Katastrophe umzugehen und dass die internationalen Hilfsleistungen lieber den schwerer betroffenen Anrainerstaaten des indischen Ozeans zukommen sollen. Hilfe aus China und Japan wurde angenommen.

vgl. DVB 6.1.05, *Irrawaddy* 6.1.05, *Narinjara* 9.1.05, *Tsunami Assistance Coordination Group Press Release* 7.1.05

Verfahren gegen Geheimdienstmitarbeiter

Unter Geheimhaltung haben im Insein-Gefängnis in Rangun Verfahren gegen mehr als 300 mit dem Geheimdienst in Verbindung stehende Personen begonnen. Bisher wurden 16 Sondertribunale eingerichtet, denen Richter auf Divisions- und Distrikt-Ebene vorstehen, jedoch soll sich die Zahl auf über 30 erhöhen. Die Verfahren sollen innerhalb von 45 Tagen abgeschlossen werden. Tausende Menschen sind in den vergangenen Monaten verhört worden. Journalisten bekommen keinen Zugang zu den Prozessen, und es ist nicht bekannt, ob die Angeklagten von ihrem Recht auf einen Verteidiger Gebrauch machen können. Die Angeklagten werden beschuldigt, illegalen Wirtschaftsaktivitäten nachgegangen zu sein einschließlich des illegalen Besitzes ausländischer Währung und Korruption. Einige höhere Offiziere müssen sich zudem wegen Verschwörung verantworten.

Die meisten Angeklagten stehen in Verbindung zum früheren Geheimdienstchef und im Oktober 2004 entlassenen Premierminister, Gene-

ral Khin Nyunt. Auch zwei seiner Söhne sind angeklagt. Gegen Khin Nyunt werden Klagen wegen Hochverrats, Machtmissbrauchs und Bestechung eingeleitet, ein Verfahren soll es jedoch erst in unbestimmter Zeit geben.

Die Säuberungsaktion gegen den Geheimdienst wird von der Militärregierung als Maßnahme gegen die Korruption dargestellt. Doch andere Organe des Militärapparates sind ebenso in Korruption verwickelt und es soll sich vor allem um einen Machtkampf um die Kontrolle des Schwarzmarktes handeln.

Berichten zufolge sollen mindestens zwei höherrangige Offiziere des Geheimdienstes an den Folgen unmenschlicher Verhörmethoden im Insein-Gefängnis gestorben sein.

Burma gilt laut *Transparency International* als eines der fünf korruptesten Länder der Welt.

vgl. *Democratic Voice of Burma* 18.1.05, *Agence France Presse* 24.1.05, *Irrawaddy* 24.1.05

Inhaftierte Journalisten

Ende 2004 befanden sich elf Journalisten in Burma hinter Gittern, meldete das New Yorker Komitee zum Schutz von Journalisten in seinem Jahresbericht. Das Komitee berichtete, dass 122 Journalisten in 20 Ländern wegen der Ausübung ihres Berufes in Haft seien. Die Liste der Länder wird angeführt von China, wo 42 Journalisten Ende 2004 in Haft saßen. Burma folgt auf Platz vier, nach Kuba (23) und Eritrea (17).

»Diese vier Länder bewegen sich außerhalb des internationalen Mainstreams«, so die Vorsitzende des Komitees in einer Presseerklärung. »Nur die Länder, die ihren eigenen Bürgern misstrauen und sich wenig um die Meinung des Restes der Welt scheren, inhaftieren ihre Journalisten.«

Drei der burmesischen Journalisten, die in dem Bericht genannt sind, wurden vergangenen Monat freigelassen, so dass jetzt noch acht Journalisten in Haft sitzen. Das Komitee berichtete außerdem, dass zwei der inhaftierten burmesischen Journalisten, die Dokumentarfilmer Aung Pwint und Nyein Thit, eine achtjährige Haftstrafe dafür verbüßen, unabhängige Dokumentationen über die harsche Realität des Lebens in Burma, die Armut und Zwangsarbeit gedreht zu haben. Die beiden Filmemacher wurden 2004 mit dem Internationalen Preis der Pressefreiheit des Komitees zum Schutz von Journalisten ausgezeichnet.

Das Komitee schickte diese Woche einen Appell für die Freilassung der zwei Filmemacher an die burmesische Botschaft in Washington, der von 400 prominenten Journalisten und Verfechtern der Pressefreiheit unterzeichnet worden war.

vgl.: *Irrawaddy*, 4.2.2005

Spende für Ausbildung

Deutschland hat dem United Nations Children's Fund (UNICEF) eine Million US-Dollar gespendet, um die Ausbildung der Kinder in Burma zu verbessern und insgesamt einen besseren Zugang zur Ausbildung zu gewährleisten. Die deutsche Botschaft in Rangun ließ Anfang Februar 2005 verlauten, das Geld werde dazu verwendet, Kindern zu helfen, die in den 500 ärmsten Gemeinden Burmas leben. Sie sollen eine bessere und kinderfreundlichere Grundausbildung erhalten.

Das Geld soll außerdem helfen, notwendige Dinge wie

sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen und armen Familien Basismittel für die Schule zur Verfügung zu stellen. Der Sprecher der Botschaft fügte hinzu, dass das Basisausbildungsprogramm von UNICEF sich darauf fokussieren wird, die Kinder in den ersten beiden Jahren in der Schule zu halten; anschließend hätten sie eine viel bessere Chance die Grundschule abzuschließen.

vgl.: *Voice of America*, 4.2.2005

Angriffe trotz Gesprächen

Burmas Regime hat seine Militäroffensive gegen die ethnischen Gruppen der Karen und Karenni im Osten Burmas eskalieren lassen, obwohl es zu einer neuen Runde von Friedensgesprächen aufgerufen hat. Nach Berichten von Hilfsteams in der Region, gab es neue Angriffe gegen Karen-Dörfer entlang der Straßen Toungoo — Mawchi und Kler La — Busakee. Anfang Februar wurde außerdem ein Lager der Karen National Union (KNU) in Kalaw Waw angegriffen.

Truppen der burmesischen Armee haben außerdem ein Lager der Karenni an der thai-burmesischen Grenze in der Nähe von Mae Hong Son beschossen. Laut der thailändischen Zeitung *The Nation* sollen etwa 20 Mörsergranaten auf thailändischem Gebiet, etwa zwei Kilometer von der burmesischen Grenze entfernt, eingeschlagen sein. Die burmesische Junta, bekannt als Staatsrat für Frieden und Entwicklung (SPDC), hat die thailändischen Behörden aufgefordert, sie bei der Einnahme des Karenni-Lagers zu unterstützen.

Andauernde Militäraktionen im nördlichen Karen Staat resultierten in der Gefangennahme und Ermordung von Dorfbewohnern, dem weitverbreiteten Einsatz von Zwangsarbeit und der systematischen Verletzung von Menschenrechten im Toungoo Distrikt. Mindestens 440 neue Vertriebene verstecken sich jetzt und brauchen dringend Lebensmittel. Ein Hilfsteam war in der Lage, sie zu erreichen und mit wenigen Lebensmitteln und Medikamenten zu versorgen, aber, so der Bericht, sei der Bedarf an Lebensmitteln sehr dringend.

Es gibt allein im Toungoo Distrikt insgesamt über 20.000 Vertriebene (Internally Displaced People, IDPs), in Ost-Burma sind es über eine Million. »Nahezu jedes Dorf wurde schon einmal angegriffen. Auch diejenigen, die in der Lage waren, in ihre Dörfer zurückzukehren, werden immer wieder zur Flucht gezwungen«, heißt es in dem Bericht.

Die burmesische Armee hat im Gebiet zwischen den Dörfern Liet Tho und La Pae neues Land besetzt, um ein neues Mi-

litärlager zu errichten. Saw Sar-ky, Mitglied des Zentralkomitees der Karen National Union (KNU) und KNU-Sprecher in Europa, sagte: »Trotz unseres Waffenstillstandes, der auf einem ›gentleman's agreement‹ beruhte, gehen in den Distrikten Nyauglebin und Toungoo umfassende Militäroperationen weiter. Zivilisten werden zwangsumgesiedelt, vergewaltigt, gefoltert und exekutiert, Dörfer der Karen und Karenni werden niedergebrannt.«

In der Zwischenzeit hat die Junta eine Einladung zu einer weiteren Runde der Waffenstillstandsverhandlungen an die KNU ausgesprochen, die 2004 begonnen haben.

Stuart Windsor, der nationale Vorsitzende der Christlichen Solidarität Weltweit (CSW) meinte: »Die Situation in Burma ist weiterhin alarmierend. Täglich kommt es zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Wir fordern das Regime auf, die militärischen Offensiven gegen die ethnischen Minderheiten sofort zu beenden und damit aufzuhören, Dissidenten zu verfolgen, wenn es ihm mit

nachrichten

den Friedensgesprächen ernst ist.«

CSW unterstützt auch den neuen Tourismus-Boykottaufwurf der Burmakampagne in Großbritannien. Der Name der Kampagne: »Ich fahre nicht hin«. Die Kampagne hat die Unterstützung von über 70 Persönlichkeiten und Politikern, inklusive Premierminister Tony Blair, Oppositionsführer Michael Howard und dem Vorsitzenden der Liberal Demokraten Charles Kennedy. Stuart Windsor sagte: »CSW unterstützt den Tourismus-Boykott ohne Einschränkungen. Wir fordern alle unsere Unterstützer auf, nicht nach Burma in den Urlaub zu fahren, bis die Demokratie wiederhergestellt ist und die Menschenrechte respektiert werden.«

vgl.: *Asian Tribune*, 3.2.2005

Keine Kindersoldaten

Burmas herrschende Militärregierung behauptet, sie sei zu Unrecht beschuldigt worden, Kindersoldaten für ihre Armee rekrutiert zu haben.

Einige Menschenrechtsgruppen haben behauptet, dass in der burmesischen Armee rund 70.000 Soldaten unter 18 dienen. »Einige Saboteure zu Hause und im Ausland, die versuchen die Regierung zu diskreditieren, behaupten, dass die Regierung jugendliche Soldaten für die Front rekrutiere. Sie versuchen die Angelegenheit vor die Vereinten Nationen zu bringen, damit die UN Maßnahmen gegen Myanmar (Burma) ergreifen«, so Generalleutnant Thein Sein. Thein Sein, ein hochrangiges Mitglied der herrschenden Junta, sprach anlässlich eines Treffens des Komitees zur Verhinderung der Rekrutierung von Minderjährigen in die Armee, berichtete die Zeitung

Myanma Ahlin. Der General, Vorsitzender des Komitees, sagte, dass die Anschuldigungen, trotz Inkrafttreten eines Gesetzes, das verbietet Minderjährige zu rekrutieren, weiter gehen.

Im Jahr 2004, so Human Rights Watch, seien 20 Prozent oder mehr der burmesischen Soldaten im aktiven Dienst unter 18 gewesen. Burma hat schätzungsweise 350.000 Soldaten in seiner nationalen Armee – damit die größte Armee von Kindersoldaten weltweit, so Human Rights Watch und andere Gruppen. Das UN Komitee für die Rechte des Kindes hat ebenfalls ihr Besorgnis über den Einsatz von minderjährigen Soldaten, sowohl in der burmesischen Armee als auch in den ethnischen Widerstandsgruppen, Ausdruck verliehen.

vgl.: *Associated Press via Irawaddy*, 4.2.2005

NLD vom Nationalkonvent ausgeschlossen

Das Militärregime hat Burmas wichtigste Oppositionspartei vom Nationalkonvent ausgeschlossen, der ab dem 17. Februar 2005 einen Verfassungsentwurf erarbeiten soll, hieß es auf einer Pressekonferenz der Junta. Nach der Pressekonferenz hieß es in einer Erklärung der Junta, dass das Komitee zur Einberufung des Nationalkonvents die selben Delegierten eingeladen habe, die an dem früheren Nationalkonvent vom 17. Mai bis zum 9. Juli 2004 teilgenommen haben.

Die Liste der Gruppen, die zum Nationalkonvent eingeladen wurden, enthielt weder die Nationale Liga für Demokratie (NLD) noch die Shan Nationalitäten Liga für Demokratie (SNLD). U Lwin, Sprecher der NLD, der größten politischen Partei des Landes, meinte, da der Nationalkonvent auf dem

Programm der Junta stünde, würde sie damit fortfahren. »Wir haben nichts dazu zu sagen.« Die auffällige Abwesenheit der NLD auf der Liste der Eingeladenen ist laut U Lwin keine Überraschung. Als der Nationalkonvent von 1993 bis 1996 zum ersten Mal abgehalten wurde, hat die NLD nach der Hälfte verkündet, sie würde nicht länger teilnehmen. Grund dafür: Die undemokratischen Methoden des Konvents.

U Lwin fügte hinzu, dass die NLD zweimal Briefe an die Militärregierung geschickt hat, in denen sie ihre Bereitschaft zu Gesprächen signalisiert habe. Der erste Brief beinhaltete eine Einladung, einen Dialog zu beginnen, während der zweite Brief der Hoffnung auf Wiederversöhnung Ausdruck verlieh. Auf beide Briefe gab es keine Antwort.

vgl.: *Irawaddy*, 2.2.2005